

Linkes Standbein sucht Halt

Reanimationsbemühungen für die „systemimmanente DDR-Forschung“

Klaus Schroeder und Jochen Stadt

Seit nunmehr 15 Jahren arbeiten sich alle möglichen Kritiker an unserer 1992 erschienenen zugespitzten Auseinandersetzung mit der „systemimmanenten DDR-Forschung“ ab. Freilich wurde der Text mindestens ebenso häufig zustimmend erwähnt und als wichtiger Beitrag zur zeitgeschichtlichen Einordnung der Deutschlandforschung zitiert. In der letzten Ausgabe des *Deutschland Archivs* verging sich Jens Hüttmann, ein Angestellter der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, nun aber derart an unserer damaligen Streitschrift, daß eine Antwort geboten ist.¹ Das wohl erstaunlichste an Hüttmanns Text ist der gleichsam festgefrorene Blick des Autors auf die Binnenkonstellation der westdeutschen DDR-Forschung im engsten Sinne. Diese Schmalführung der Perspektive führt den Autor zu der Annahme, die von ihm beschriebene „De-De-Errologie“ sei eine eher randständige Sonderdisziplin mit geringem Prestige gewesen. Das aber trifft weder für die Frühzeit der Deutschlandforschung in den fünfziger Jahren noch für die Hoch- und Spätzeit der westdeutschen systemimmanenten DDR-Forschung in den siebziger und achtziger Jahren zu.²

Um zu den ihm genehmen Ergebnissen zu kommen, begradigt Hüttmann gleich zu Beginn mit einem Kunstgriff die Geschichte der westdeutschen DDR-Forschung, indem er behauptet, nach dem Mauerfall sei die „alte DDR-Forschung“ durch „persönliche und zum Teil aggressiv vorgetragene Vorwürfe“ in ein schiefes Licht gerückt worden. Es ging den Kritikern allerdings nicht um die „alte DDR-Forschung“ sondern um die „systemimmanente DDR-Forschung“. Diese hatte es in den siebziger Jahren mit dem Wind des Zeitgeistes im Rücken zu einer gewissen Dominanz in der universitären DDR-Forschung gebracht und einen erheblichen Einfluß auf die politische Bildung gewonnen. Ihre führenden Vertreter sprangen mit jenen Wissenschaftlern, die einen anderen Ansatz favorisierten, nicht gerade zimperlich um. Das galt insbesondere für Ludz und Zimmermann. Wir hatten in unserem Aufsatz über den „diskreten Charme des Status quo“ dafür einige Beispiele angeführt. Inzwischen haben wir vielfach selbst

1 Vgl. Hüttmann, Jens: „De-De-Errologie“ im Kreuzfeuer der Kritik. Die Kontroversen um die ‚alte, bundesdeutsche DDR-Forschung vor und nach 1989. In: *Deutschland Archiv*, Nr. 4/2007, S. 671–681. Hüttmann verschweigt übrigens, daß unser Aufsatz „Der Diskrete Charme des Status-quo: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik“, bevor er 1993 im *Leviathan* gedruckt wurde, bereits 1992 als Arbeitsheft Nr. 2 des Forschungsverbundes SED-Staat der FU erschienen war. Im *Deutschland Archiv* (Nr. 5/2007, S. 890–900) findet sich unter der Überschrift „Geschichtsbegrädigung“ unsere Replik auf Hüttmanns Zumutungen. Der hier vorliegende Text ist eine erweiterte und ergänzte Fassung dieser Antwort.

2 Das Institut für politische Wissenschaft an der FU und die – von Hüttmann gar nicht erwähnte – Deutsche Hochschule für Politik (seit 1959 Otto-Suhr-Institut der FU) waren finanziell gut ausgestattet. In ständiger Abstimmung mit Arkadi Gurland warb Franz Leopold Neumann damals in New York unermüdlich erhebliche Mittel für die in West-Berlin etablierte Deutschlandforschung ein. Der entsprechende Briefwechsel liegt im Hochschularchiv der FU vor. Unter Peter-Christian Ludz ging auf den DDR-Forschungsbereich des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU ein wahrer Geldsegen nieder, nachdem die sozial-liberale Koalition ihn 1970 mit der Erarbeitung der „Materialien zur Lage der Nation“ beauftragt hatte. Ganz zu schweigen von den satten achtziger Jahren im West-Berliner Subventionsparadies, als die Berliner Schule der DDR-Forschung vor sich hin blühte.

erfahren, auf welche Weise die Siegelbewahrer und Erben der „systemimmanenten DDR-Forschung“ diese Praxis der Exklusion weiter betreiben. Hüttmanns Text ist dafür ein weiterer Beleg. Immerhin arbeitet der Autor im Projektbüro „20 Jahre friedliche Revolution“ bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Man sollte eigentlich annehmen, daß die Mitarbeiter der Bundesstiftung sich gegenüber den unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Präferenzen im Spektrum der mit der DDR-Aufarbeitung befaßten Institutionen neutral verhalten. Dies galt allerdings weder für die bisherige Stiftungsarbeit, und es wird, wie Hüttmann mit seiner Polemik schlagend belegt, in Zukunft um so weniger zu erwarten sein. Der eigentliche Chef der Bundesstiftung, Ulrich Mählert, hat durch stramme politische und wissenschaftliche Parteinahme wie auch durch die gedeihliche Zusammenarbeit mit PDS-nahen Kreisen den Stiftungszweck ohnehin längst auf links gewendet.

Mit einem weiteren Kunstgriff versucht Hüttmann den Eindruck zu erwecken, die Wurzeln der systemimmanenten DDR-Forschung reichten bis in die Anfänge des FU-Instituts für politische Wissenschaft zurück. Der Autor behauptet in seiner „De-De-Errologie“-Erzählung, er habe einen „bahnbrechenden und programmatischen – heutzutage in Vergessenheit geratenen – Aufsatz von Stammer, Richert und Lange“ aus dem Jahr 1953 entdeckt, dessen „Leitfrage lautete: Läßt sich überhaupt noch sinnvoll mit totalitarismustheoretischen Ansätzen arbeiten?“³ Davon ist in dem Aufsatz jedoch überhaupt keine Rede. Lange, Richert und Stammer untersuchten in ihrem Text, den sie als Teil einer FU-Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York verfaßten, die SED-Maßnahmen zur Herausbildung einer neuen Intelligenz und zur Nutzung der alten noch bürgerlichen Akademikerschicht. Sie verwiesen darauf, daß die SED „in bezug auf die Solidität der Herrschaft keineswegs ein Äquivalent der KPdSU“ sei und konstatierten: „Im Unterschied zur politisch-gesellschaftlichen Situation in der Sowjetunion kann aber der Ausbau der sowjetoiden Plangesellschaft in der Zone nur in dem Maße vorangetrieben werden, wie das totalitäre Herrschaftssystem von innen her gefestigt und gesichert zu werden vermag.“⁴ Hierbei komme der Intelligenz eine besondere Rolle zu, weswegen sich der Aufsatz mit dieser Schicht befasse, die für den Aufbau „dieser neuen Herrschaftsordnung“ in der DDR von „entscheidender Wichtigkeit“ sei. Der Text über das „Problem der ‚neuen Intelligenz‘ in der Sowjetischen Besatzungszone“ ist überaus interessant. Hüttmann hat ihn nicht verstanden oder auf der Suche nach historischer Fundierung der systemimmanenten DDR-Forschung völlig fehlinterpretiert.

Entgegen der Wahrnehmung unseres Kritikers Hüttmann zeigt übrigens ein Blick in die zwischen 1970 und 1989 erschienenen Ausgaben des *Deutschland Archivs*, daß „Außenseiter“, die nicht der systemimmanenten Schule angehörten, sondern die Vorgänge in der DDR unter normativen demokratietheoretischen Blickwinkel im Sinne der alten DDR-Forschung analysierten, zu realistischeren Ergebnissen gekommen sind als universitäre Großtheoretiker wie Ludz, Zimmermann und Glaeßner. Auch war die Materiallage keineswegs für „Deutungen der DDR“ so schlecht, wie Hüttmann unter Berufung auf einen Artikel Ernst Richerts meint, der im *Deutschland Archiv* Nr. 1 des Jahres 1968 erschienen ist. Ohne Zweifel unterlag der Materialzugang zwischen dem

³ Hüttmann: „De-De-Errologie“, S. 675.

⁴ Lange, Max Gustav; Richert, Ernst; Stammer, Otto: Das Problem der „neuen Intelligenz“ in der sowjetischen Besatzungszone. Ein Beitrag zur politischen Soziologie der kommunistischen Herrschaftsordnung, in : Veritas – Justitia - Libertas. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Columbia University New York, überreicht von der Freien Universität Berlin und der Deutschen Hochschule für Politik Berlin, 1953, S. 192.

Mauerbau und dem Viermächteabkommen über Berlin gewissen Einschränkungen, seit 1971 aber gingen diese insbesondere für das in West-Berlin an unserer Universität arbeitende Zentrum der „Systemimmanenten“ stark zurück. Die seit Anfang der fünfziger Jahre entstandenen und stets weitergeführten Sammlungsbestände wie auch die Bibliothek der DDR-Abteilung im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU gehörten in der westlichen Welt zu den herausragenden Einrichtungen auf ihrem Gebiet.

Waren die Kritiker der Elche selber welche?

Gleich zu Beginn seines Textes vergreift sich Hüttmann an unseren Biographien. Er suggeriert, wir hätten uns – „Staat als Maoist und Schroeder als Sponti“ – gegen die DDR gewandt, seien aber sonst mit dem Gegenstand nicht befaßt gewesen und erst Anfang der neunziger Jahre zu „Insidern der DDR-Forschung“ geworden. Außerdem hätten wir uns nicht wie Jens Hacker auch zu Zeiten der „Entspannung“ für eine offensive Wiedervereinigungspolitik eingesetzt. Was die Beschäftigung mit der DDR betrifft, verschweigt Hüttmann die Dissertation Staatts über DDR-Romane aus dem Jahr 1977,⁵ Lehrveranstaltungen zum Thema DDR-Literatur und wissenschaftliche wie auch journalistische Arbeiten. Die Solidaritätsarbeit für inhaftierte Dissidenten wie Rudolf Bahro oder Jürgen Fuchs in den siebziger Jahren sowie das Engagement für Gruppen der DDR-Opposition in den achtziger Jahren lassen sich wohl kaum mit der Tatsache erklären, daß wir Anfang der siebziger Jahre drei Jahre einer maoistischen bzw. einer Spontigruppe angehörten. Seit Mitte der siebziger Jahre fand, was Hüttmanns „de-de-erologischen“ Tunnelblick entgangen ist, außerhalb des systemimmanenten Elfenbeinturms eine rege Diskussion in undogmatischen Kreisen über „Die Linke und die nationale Frage“ statt, die sich nach Gründung der Grünen auch in dieser Partei fortsetzte.

Weiter hinten im Text bezichtigt uns Hüttmann einer „spezifischen Zitierpolitik“, die er als „eigenwillig und willkürlich, zum Teil sinnentstellend“ bezeichnet. Einen Beleg für diese Unterstellung bleibt er schuldig bzw. muß er – wie zu zeigen sein wird – sogar konstruieren. Der Autor pflegt aber selbst eine „Zitierpolitik“, die nicht nur spezifisch, sondern auch irreführend und diffamierend ist. „Die Kritiker Jochen Staat und Klaus Schroeder waren in den 70er-Jahren selbst totalitären Ideologien verfallen, die sich damals – und nach 1990 – in einem deutlich sichtbaren Freund/Feind-Denken ausdrückten.“ Welchen totalitären Ideologien wir nach 1990 „verfallen“ waren, bleibt Hüttmanns Geheimnis. Als Beleg für seine die siebziger Jahre betreffende Behauptung verweist unser Kritiker auf die sehr gelungene Arbeit von Andreas Kühne über die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik. Wohlweislich zitiert er aber keine Belegstelle. Er gibt lediglich zwei Fundstellen bei Kühne an, von denen eine falsch ist. Dort findet sich nämlich nicht „Staatts Selbstbeschreibung“, wie Hüttmann behauptet, sondern eine allgemeine Darstellung über den Maoismus und ein Exkurs zum Nationalbolschewismus. An der anderen richtig angegebenen Fundstelle heißt es: „Andere setzen sich mit ihrer Vergangenheit kritisch auseinander. Zu ihnen gehört Jochen Staat. [...] Staat sieht Parallelen in den Konversionsstrategien seiner Generation und

5 Vgl. Staat, Jochen: Konfliktbewußtsein und sozialistischer Anspruch in der DDR-Literatur. Zur Darstellung gesellschaftlicher Widersprüche in Romanen nach dem VIII. Parteitag 1971. Berlin 1977. Zu den Gutachtern dieser von Horst Domdey betreuten Arbeit gehörte auch Dietrich Startz, ohne Zweifel in vielerlei Hinsicht ein Insider der DDR-Forschung.

denen der Elterngeneration.“⁶ Hüttmann vergaß übrigens zu erwähnen, daß auch die von ihm wohlwollend genannten DDR-Forscher Hermann Weber und Carola Stern zu einem früheren Zeitpunkt „selbst totalitären Ideologien verfallen“ waren. Für Klaus Schroeder ist Hüttmanns Vorwurf unzutreffend und unbelegt. Dies hat der Autor inzwischen auch rechtsverbindlich eingestanden und sich verpflichtet, seine Behauptung künftig weder wörtlich noch sinngemäß zu wiederholen.⁷

Als Beleg für die oben angeführte politische Konstellation im West-Berlin der siebziger Jahre mag ein Bericht an das Ministerium für Staatssicherheit dienen, den der Brechtkenner Hans-Joachim Bunge im Februar 1978 verfaßte. Bunge besuchte im Auftrag der Stasi eine Veranstaltung der „maoistischen Studentengruppe *Der lange Marsch*“ in der TU in West-Berlin, zu der 2 000 Personen erschienen waren. Auf dem Podium saßen unter anderem Wolf Biermann, Manfred Scharrer, Jürgen Fuchs, Peter Bender und Dietrich Staritz. Bunge stufte die Veranstaltung als „Hetzkundgebung gegen die DDR“ ein. „Übereinstimmend wurde von den sechs Rednern die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands dargelegt, wobei die Parolen der Wiedervereinigung in Freiheit sich wiederholten.“ Gleichzeitig sei betont worden, daß in der gegenwärtigen Situation eine Wiedervereinigung nicht zu realisieren sei. „Biermann trat mit einem kurzen politisch wirren Beitrag auf und trug zwei Lieder vor.“⁸ Am Abend zuvor war Bunge im Haus von Günter Grass zugegen, als sich dort Günter Gaus, Wolf Biermann, Sarah Kirsch und Bernd Jentzsch „über Sinn und Zweck“ der Veranstaltung unterhielten. Gaus habe dabei vor einer „allzu scharfen Zuspitzung der Gegensätze zur DDR“ gewarnt. „In der gegenwärtigen Situation sei ein Anheizen von Konfrontationen mit der DDR nicht gut.“ Grass hingegen habe betont, „daß es ihm um die Unterstützung solcher Intellektueller in der DDR geht, die zur Opposition gehören, die man spüren lassen muß, daß sie nicht allein stehen.“⁹ In dem redaktionellen Beitrag, der in der Zeitschrift *Langer Marsch* zur Diskussionsveranstaltung über das „Manifest“ des Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands (Spiegel-Manifest) erschien, hieß es: „Aufgeschreckt durch die Intellektuellenopposition wird die terroristische Staatsexekutive ausgefahren. Wo Reformen nicht mehr wirken, tritt die Staatssicherheit auf den Plan.“¹⁰ Aber nicht nur das MfS, auch die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED bemühte sich um eine Einschätzung des DDR-kritischen Potentials in der Neuen Linken. Eine „Unterminierung der fortschrittlichen Bewegungen gegen den Imperialismus von seiten der ‚gemäßigten‘ Linksradi-

6 Andreas, Kühn: *Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre.* Frankfurt am Main 2005, S. 291.

7 Hüttmann hat mit Schreiben seines Anwalts vom 10. September 2007 rechtsverbindlich erklärt, daß er künftig die Behauptung unterläßt, Klaus Schroeder „sei in den 1970er Jahren totalitären Ideologien verfallen gewesen“.

8 Vgl. die Unterlagen über die Anwerbung von Hans-Joachim Bunge durch das MfS und seine Berichte über Besuche in West-Berlin 1976 ff. BStU, ZA, AIM 17358/79 Bd. II. Die Klassifizierung der Zeitschrift *Neuer Langer Marsch*, deren Redaktion Jochen Staadt angehörte, als „maoistisch“ war der Unkenntnis Bunges und seines Führungsoffiziers Oberstleutnant Rudolf Brosche geschuldet. Im Gegenteil! Das Blatt, das sich im Untertitel „Zeitung für eine neue Linke“ nannte, stand in scharfem Gegensatz sowohl zu den damals schon im Niedergang begriffenen maoistischen Organisationen wie auch zur DKP/SEW. Ein Stasi-Spitzel aus West-Berlin, der mit der dortigen linken Szene vertraut war, Walter Völkel alias IM „Walter Rosenow“, hingegen teilte der Stasi am 31.10.78 über Jochen Staadt mit: „In der jüngsten Nummer hat er einen bemerkenswerten (anonymen) Beitrag gegen die westberliner Maoisten veröffentlicht.“ Vgl. BStU, ZA, A 592/79 Bd. 10.

9 BStU, ZA, AIM 17358/79 Bd. II

10 Impressum, *Neuer Langer Marsch*, Nr. 34/1978.

kalen“ war nach Auffassung der SED-Wissenschaftler das Ziel der Zeitschrift *Neuer Langer Marsch*. Unter Bezugnahme auf einen dort erschienenen Artikel Staadts hieß es: „Wütend gegen DKP und SEW auftretend, will sie die in Bürgerinitiativen wirkenden Kräfte zunehmend für ihre Zwecke nutzen, umfunktionieren und als Basis für ihre organisatorischen Formierungen verwenden.“¹¹ Gemeint war damit die seinerzeit in der Neuen Linken geführte Diskussion um die Bildung von alternativen und grünen Listen zu den Berliner Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahlen.

Der Staatssicherheitsdienst beobachtete freilich – im Unterschied zur heutigen Selbstbespiegelung der „Systemimmanenten“ – das Geschehen in der westdeutschen DDR-Forschung keineswegs beschränkt auf den Kreis der engeren „De-De-Errologen“. Über ein Forschungsprojekt zur DDR-Literatur am Fachbereich Germanistik der FU hieß es in einem Sachstandbericht der Hauptabteilung XX vom September 1980: „Mitglieder der Arbeitsgruppe sind u.a. Prof. Dr. phil. Horst Domdey (Prof. für Deutsche Philologie an der FU, Teilnehmer an der XIII. ‚DDR-Forschertagung‘ 1980) und Dr. phil. Hans-Joachim Staadt (Lehrbeauftragter für Deutsche Philologie an der FU), die im engen Zusammenwirken mit dem Arbeitsbereich ‚DDR-Forschung und -Archiv‘ des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der ‚FU‘ Westberlin, namentlich mit dessen Leiter Hartmut Zimmermann und dessen wissenschaftlichen Mitarbeiter Günter Erbe, die inhaltliche Konzipierung sowie Realisierung des Forschungsprojektes bestimmen.“¹² Diese Darstellung ist nicht ganz zutreffend. Zimmermann hatte sich gegenüber dem Projektvorhaben der Germanistengruppe eher skeptisch verhalten. Auch dies war der Stasi bekannt. In einem MfS-Bericht „Über eine Beratung zum Forschungsprojekt ‚DDR-Literatur‘“ vom 29.2.1980 hieß es dazu: „Zimmermann nutzte offensichtlich die Gelegenheit, seine überlegenen Kenntnisse der DDR-Literatur zu beweisen und seine Gesprächspartner gleichzeitig deren – im Vergleich zu ihm – relative Unkenntnis spüren zu lassen. Das Ergebnis war eher destruktiv, da Zimmermann für das Projekt nichts als Schwierigkeiten aufzeigte.“ Genauso war es. Die Informationen über die Forschungsgruppe zur DDR-Literatur an der FU gingen auf den von Hüttmann ganz wertfrei zitierten Walter Völkel, alias IM „Rosenow“ zurück, der eben nicht nur eine „Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945“ erstellte, sondern der Stasi über fast zwei Jahrzehnte mehrere tausend Seiten an Informationen über die westdeutsche DDR-Forschung lieferte.¹³

Was Spitzel systemimmanent forschten

Walter Völkel war zwar ein fleißiger Spitzel, konzeptionell aber eher unbedarft. Andere Kooperationspartner des MfS in der westdeutschen DDR-Forschung spielten da eine weitaus wichtigere Rolle. Dietrich Staritz alias IM „Erich“ zum Beispiel, der im Oktober 1964 seinem Führungsoffizier die Vorzüge der von Peter Christian Ludz vertretenen DDR-Forschungsansatzes folgendermaßen erklärte: „Neuerdings ist Ludz mit ei-

11 Senst, Dieter: Zu den Versuchen linksradikaler Kräfte, in der BRD und Westberlin eine „linkssozialistische Partei“ zu gründen. In: Probleme der politisch-ideologischen Auseinandersetzung mit dem heutigen Linksradikalismus, Heft 14, Reihe A, Analytisch-synthetische Informationen. Hrsg. v. d. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Berlin 1980, S. 96. Senst bezog sich dabei auf Staadt, Jochen: Apro-PO. In: Neuer Langer Marsch, Nr. 36, S. 3.

12 MfS, HA XX: Politisch operative Erkenntnisse zur Tätigkeit der „DDR-Forschung“, 9.9.1980. BStU, ZA, MfS, ZAIG Nr. 20614.

13 Vgl. BStU, ZA, MfS, AIM 8806/91, II Bd. 1–15.

nigen Aufsätzen und Reden bzw. Vorträgen zur Totalitarismus-Forschung hervorgetreten.“ Er sei damit „in eine scharfe Gegenposition zu den vorherrschenden Meinungen und Lehrsätzen geraten“. Ludz betone „im Gegensatz zu den anderen Theoretikern des Totalitarismus den Wandel der sozialen Ordnung der sozialistischen Staaten und weigere sich daher, diese an sich dynamische Gesellschaft mit starren Begriffen zu belegen“. Dies sei in „vieler Hinsicht positiv und progressiv“, da eine solche Position dazu beitrage, „daß im Laufe der Zeit eine Reihe landläufig gewordener Vorstellungen überprüft werden“. ¹⁴ Die Rolle, die Dietrich Staritz von 1960 bis 1973 gegenüber dem MfS und für das MfS spielte, ist bis heute nicht ganz geklärt. Arbeitete er doch nach eigenen Aussagen und in Kenntnis des MfS gleichzeitig mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen. Seine Empfehlungen in Sachen Ludz könnten also durchaus zum Nutzen der Entspannung und im Sinne der Friedenswahrung zugleich eine Einflüsterung direkt ins Ohr des etwas begriffsstutzigen Feindes gewesen sein.

Anders stellt sich der Effekt in bezug auf die DDR-Forschung dar, den Ludwig Bress alias IM „Berger“ ¹⁵ des DDR-Staatssicherheitsdienstes erzielte, als er 1971 in dem von Peter Christian Ludz eingeleiteten und von Rüdiger Thomas redaktionell verantworteten Sammelband *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR* einen Beitrag zum Thema „Die Gestaltung des Wirtschaftssystems der DDR als strukturelles und organisations-theoretisches Problem“ verfaßte. Rüdiger Thomas forderte in seinem Vorwort, „Urteile müssen Vorurteile“ ersetzen, weswegen die „vorliegende Gemeinschaftsarbeit eine differenzierte Information über Selbstverständnis und Problembewußtsein in der DDR“ intendiere. Ludz setzte sich in seiner Einleitung ausdrücklich von dem Begriff einer „wertfreien“ DDR-Forschung ab und erläuterte, warum es sich „nicht empfiehlt, von der Totalitarismusvorstellung auszugehen“. Partei- und Staatsapparat hätten nämlich „in der DDR jenes Maß an Funktionsgerechtigkeit aufzubringen, das eine Leistungsgesellschaft ebenso fordert wie der sozialistische Wohlfahrtsstaat selbst“. Das erreichte gesellschaftliche Bewußtsein in der DDR charakterisierte Ludz folgendermaßen: „Ein verstärktes Selbstbewußtsein, Stolz auf das Erreichte, auf die eigene Leistung, wie sie bei zahlreichen im Arbeitsprozeß stehenden Menschen in den letzten Jahren erkennbar wurden, sind schon genannt worden. Weiterhin ist die vielfach kritische oder doch skeptische Haltung der Menschen dem Westen, d.h. meistens der Bundesrepublik, gegenüber hervorzuheben.“ ¹⁶

Ludwig Bress schrieb in seinem Beitrag, die DDR-Wirtschaft habe von 1961 bis 1971 „eine Periode der Konsolidierung“ durchlaufen, „in der ein für östliche Verhältnisse beachtlicher Lebensstandard, eine wachsende Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, ein zunehmendes politisches Selbstbewußtsein sowie ein differenziertes wissenschaftliches Selbstverständnis erreicht wurden“. ¹⁷ Zwei Seiten weiter würdigte Bress den Mauerbau und die Abriegelung der DDR mit folgenden Worten: „Wenn also heute die Rede ist von der Industriemacht der DDR, so muß man die staatsmännische Leistung der politischen Führung der DDR ins Kalkül ziehen, die es in hartnäckiger politischer Arbeit geschafft hat, sich von den schädigenden exogenen Einflüssen frei zu ma-

14 Vgl. BStU, ZA, MfS, A 10998/66, Bd. 3.

15 Ludwig Bress arbeitete seit 1957 in der DDR und nach seinem Umzug in die Bundesrepublik bis in die achtziger Jahre als West-IM und Einflußagent mit dem MfS zusammen. Vgl. BStU, ZA, MfS, A 117/85.

16 Ludz, Peter Christian: Die soziologische Analyse der DDR-Gesellschaft. In: *Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR*. München 1971, S. 21.

17 Bress, Ludwig: Die Gestaltung des Wirtschaftssystems der DDR als strukturelles und organisationstheoretisches Problem. In: *Ebd.*, S. 123.

chen und einen Platz in der sich anbahnenden internationalen Arbeitsteilung zu erobern.“ In der Zusammenfassung seines Beitrages behauptete Bress dann sogar, „daß die mit der Konzeption des ökonomischen Systems des Sozialismus eingeschlagene Entwicklung eine allseitige Herausforderung von Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik ist“.¹⁸

Der blinde Fleck Staatssicherheit in der systemimmanenten DDR-Forschung, den Hüttmann für die Zeit vor 1989 einräumt, zeichnet seinen eigenen Text aus, was die nach 1989 bekanntgewordenen Vorgänge betrifft.¹⁹ Eine auf die westliche Seite der Medaille begrenzte Analyse der „systemimmanenten DDR-Forschung“ läßt außer acht, daß sich auch die dort agierenden Wissenschaftler im Kontext der Deutschlandpolitik jener Zeit bewegten, sprich der bundesdeutschen Ost- und DDR-Westpolitik. Einflußnahmen der SED und des Staatssicherheitsdienstes sind deswegen ebenso von Belang wie deutsch-deutsche Historiker-, Soziologen- und Politologenbeziehungen auf offizieller und inoffizieller Ebene. Peter Christian Ludz beispielsweise suchte bereits Mitte der sechziger Jahre den Kontakt zu Ost-Berliner Wissenschaftler, um sich ihr Urteil über seine Arbeiten einzuholen. In den siebziger und achtziger Jahren entwickelte sich ein mehr oder weniger kontroverser deutsch-deutscher Fachdiskurs in allen Bereichen der Geisteswissenschaften. Daß dabei die systemimmanenten DDR-Forscher bei der Ausgrenzung „entspannungsfeindlicher“ Wissenschaftler mit ihren DDR-Kollegen nicht selten an einem Strang zogen, ist bekannt.

Irrtum ist wissenschaftsimmanent – nachträgliche Schönfärberei nicht

Hüttmanns Behauptung, es habe „weltweit niemand das überraschende Ereignis des Umbruchs seit Sommer 1989 vorhergesehen“, belegt, daß er nicht einmal unseren von ihm so vehement kritisierten Aufsatz über den „diskreten Charme des Status quo“ genau gelesen hat. Dort findet sich nämlich der Hinweis auf die 1987 entstandene Prognose einer Gruppe von wissenschaftlichen DDR-Insidern, die eine Aufhebung des sozialistischen Systems durch politische Selbstauflösung der DDR und ihr Verschwinden durch die Vereinigung mit der Bundesrepublik für wahrscheinlich hielten.²⁰ Für die systemimmanente Westforschung waren diese aus der DDR ausgereisten Wissenschaftler „Außenseiter“, deren Argumente man ebenso als „unrealistisch“ abtat wie die bereits in den siebziger Jahren von dem DDR-Außenseiter Rudi Dutschke geäußerte Auffassung, die DDR werde das Jahr 2000 nicht mehr erleben.

Hüttmann hält uns in seinem Beitrag des weiteren vor, wir hätten der von Ludz und Zimmermann konzeptionell begründeten kritisch-immanenten DDR-Forschung vorgeworfen, sie hätte den Untergang der DDR nicht vorhergesagt und die repressiven Momente der DDR unterschlagen. Während er, wenn auch mit unzureichender Begründung, mit unserem zweiten Kritikpunkt übereinstimmt, unterstellt er uns und anderen Wissenschaftlern, die ebenfalls massive Kritik an der „alten“ DDR-Forschung geübt

18 Ebd., S. 160.

19 Vgl. hierzu Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen: Zeitgeschichte in Deutschland vor und nach 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 26/97 vom 20.6.1997; Schroeder, Klaus: Die DDR-Forschung vor und nach 1989/90. In: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bildung, Wissenschaft, Kultur, Bd. IV/2. Frankfurt am Main 1999.

20 Vgl. Berg, Hermann von/Loeser, Franz/Seiffert, Wolfgang: Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000. Politik – Ökonomie – Ideologie. Plädoyer für eine demokratische Erneuerung. Köln 1987, S. 1522–1561.

haben, vor allem, sinnentstellend zu zitieren und normative Bewertungsmaßstäbe aus der Perspektive einer demokratischen Gesellschaft einzufordern. Der Vorwurf sinnentstellenden Zitierens wurde schon von Siegrid Meuschel²¹ und Gert-Joachim Glaeßner²² erhoben. Ohne auf den Textzusammenhang hinzuweisen, behauptet nun Hüttmann, wir hätten Peter Christian Ludz wie folgt kritisiert: „Ungeachtet der fehlenden Legitimation durch die Bevölkerung zeichnete diese DDR-Forschung das Bild einer DDR, die auf Grundlage einer sozialistischen Industriegesellschaft allein schon aus dem Zwang und den Folgen des Industrialisierungsprozesses heraus sich zu einer konsultativ-autoritären oder gar partizipatorischen Demokratie gemausert haben sollte.“²³ Tatsächlich aber bezog sich diese Textstelle nicht auf Peter Christian Ludz und sein Buch *Parteielite im Wandel*, sondern auf die gesamte systemimmanente DDR-Forschung. Das von Hüttmann angesprochene Buch wurde von uns vier Seiten zuvor erwähnt und Ludz mit dem Satz zitiert: „Er sei zu dem Schluß gekommen, die DDR wandle sich von einem ‚totalitären Ein-Parteien-System zu einem auf Funktionstüchtigkeit angelegten Industriestaat, konsultativ-autoritativen Gepräges‘.“²⁴

Indem Hüttmann einen falschen Zusammenhang in unserem Beitrag konstruiert, versucht er eine Ehrenrettung für diesen DDR-Forscher, die freilich den Kern bei Ludz nicht trifft.²⁵ Der nämlich konstatiert in seinem Buch, die weitgehend auf Terror und Zwang beruhende Durchdringung der Gesellschaft weiche „der stärkeren Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange, in erster Linie gesellschaftliche Differenzierungen und Konflikte. Die heute in manchen sozialen Bereichen zu beobachtende partielle Interessenidentität von Partei und Gesellschaft findet ihr Pendant in einer größeren ‚Offenheit‘ der SED gegenüber der Gesellschaft ebenso wie in einer Verringerung der Kluft zwischen Parteielite und Bevölkerung einerseits, einer Differenzierung der Parteielite andererseits.“ Das Zentralkomitee beginne „vielmehr, sich zu einem gesellschaftliche Interessen und gesellschaftliche Differenzierungen koordinierenden und transformierenden Organ zu wandeln. Der konsultative Autoritarismus, die für das politische System der DDR in seiner gegenwärtigen Gestalt mehr und mehr bestimmende Form der Herrschaft, scheint im Zentralkomitee der SED eine seiner Ausdrucksformen gefunden zu haben.“²⁶

21 Vgl. Meuschel, Siegrid: Auf der Suche nach der versäumten Tat – Kommentar zu Klaus Schroeders und Jochen Staadts Kritik an der bundesdeutschen DDR-Forschung. In: Leviathan, Nr. 21/1993 (diktiert: 1993 C.B.) S. 409. Hier heißt es: „Will man der DDR-Forschung bei aller Kritik gerecht werden, empfiehlt es sich überdies kaum, durchgängig selektiv, nicht selten willkürlich und wie selbstverständlich sinnentstellend zu zitieren.“

22 Vgl. Glaeßner, Gert-Joachim: Das Ende des Kommunismus und die Sozialwissenschaften. Anmerkungen zum Totalitarismusproblem. In: Deutschland Archiv, Nr. 9/1995, S. 923.

23 Schroeder, Klaus/Staad, Jochen: Der diskrete Charme des Status quo: DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik. In: Leviathan, Nr. 23/1993, S. 32.

24 Schroeder/Staad: Der diskrete Charme, S. 28.

25 Laut Hüttmann sei das entscheidende Ergebnis von Ludz in seinem Buch *Parteielite*, „[...] daß sich das System in seiner ‚totalitären Struktur‘ zum ‚konsultativen Autoritarismus‘ verändert, die Grundstruktur aber sei erhalten geblieben. Von einer ‚partizipatorischen Demokratie‘ oder einer ‚Demokratisierung‘ ist bei Ludz nirgends die Rede.“ Hüttmann: „De-De-Errologie“, S. 679. Da wir Ludz Letzteres nicht unterstellt haben, geht die „Widerlegung“ ins Leere. Wir hatten zudem explizit Bezug auf Fenner genommen, dessen Einschätzung der systemimmanenten Forschung wir teilen.

26 Ludz, Peter-Christian: *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung.* Opladen 1968, S. 258.

Laut Ludz zielten alle in der DDR wirkenden maßgeblichen Kräfte auf eine systemimmanente Veränderung. Kräfte, die einen Totalumsturz der etablierten Herrschaft anstrebten, hatte Ludz nicht berücksichtigt, weil sie für ihn nicht relevant waren. Als Begründung führt er an: „[...] und dies nicht nur aus methodischen Gründen; denn die vorliegende Arbeit scheint einen Nachweis dafür erbracht zu haben, daß die DDR-Gesellschaft in zunehmendem Maße als ein sich im Prozeß des sich wandelnden sozial stabilisierendes System angesehen werden kann. Eine realsoziologische Analyse des Widerstandes gegen ein autoritäres Herrschaftssystem, wie sie für historische Formen totalitärer Herrschaft ihre Berechtigung hat, ist deshalb in dieser Studie nicht durchgeführt worden.“²⁷ Die Fehlteile, zu denen Ludz schon in dieser Studie kommt, waren schon lange vor dem Untergang der DDR offenkundig:

- Das Zentralkomitee ist in den Jahren bis zum Ende der DDR immer ein Aklamations- und Deklamationsgremium geblieben und nicht zu einem fachbezogenen Koordinations- und Transformationsgremium geworden, wie Ludz annahm.
- Die Zusammensetzung des Zentralkomitees entwickelte sich entgegen der Vermutung von Ludz nicht in Richtung eines Aufstiegs fachlich geschulter Parteifunktionäre mit zunehmender beruflicher Mobilität.
- Der Parteiapparat hat sich generell nicht in dem Maße gewandelt, wie Ludz prognostizierte.
- Der von ihm angenommene Prozeß der „Verfachlichung“ und einer klaren Trennung der Funktionsbereiche von Partei und Staat trat nicht ein, im Gegenteil: Die Partei hat den Staat in den nachfolgenden Jahrzehnten nahezu vollständig dominiert und gelenkt.
- Die von Ludz gesehene Verselbständigung der Großorganisationen in Partei und Staat sowie das Aufrücken von (Partei-)Fachleuten im Staatsapparat und im Zentralkomitee blieben weitgehend aus.
- Die marxistisch-leninistische Ideologie wandelte sich nicht tiefgehend. Der system- und regelungstheoretische Ansatz des institutionalisierten Revisionismus blieb randständig.

Die zusammenfassende Bewertung von Ludz, „so ist festzuhalten, daß dem Wandel im Organisationssystem und der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteilite ein Wandel in der philosophisch-soziologischen Deutung der Gesellschaft zugeordnet werden kann“,²⁸ hat sich in den beiden Jahrzehnten bis zum Ende der DDR nicht bestätigt. Ludz charakterisierte dann Mitte der siebziger Jahre seinen Forschungsansatz und den Verzicht auf normative Bewertungsmaßstäbe ausdrücklich in dem von uns kritisierten Sinn: „Immanente Analyse meint, daß kritische Gesichtspunkte der Beurteilung nicht abstrakt willkürlich von außen an einen Gegenstand herangetragen werden, sondern die Entstehungs-, Entwicklungs- und strukturellen Bedingungen dieses Gegenstandes mitberücksichtigen. Im Falle der DDR-Forschung bedeutet dies, daß eine unspezifizierte, unreflektierte ‚westliche Sicht‘ als Maßstab der Beurteilung abzulehnen ist.“²⁹ Ende der siebziger Jahre beschrieb Ludz die Expertenschicht in der DDR als „Wissenselite“, deren „durch Problemdruck und hohen sozialen Status sich bildende, gleichsam gebündelte neue Legitimationsansprüche mit der Zeit einen Modernisie-

27 Ebd., S. 325.

28 Ludz: Parteilite, S. 327.

29 Zit. nach: Schroeder/Staadt: Der diskrete Charme, S. 31.

rungsschub, d.h. in unserem Zusammenhang eine weitere ‚Öffnung‘ des Herrschaftssystems“ herbeiführen würden. Wie andere, dem gleichen Ansatz verpflichtete DDR-Forscher vertrat Ludz im Jahr 1980, zu einem Zeitpunkt also, als bereits Ansätze einer breiteren intellektuellen Opposition im Ostblock erkennbar waren, die „These der partiellen Modernisierung und Modernisierbarkeit der DDR-Gesellschaft“.³⁰

Die Schwäche dieses Ansatzes lag daher nicht nur in seiner unzutreffenden Beschreibung der Realität in der realsozialistischen DDR, sondern auch in dem unbedingten Glauben an ihre Modernisierungsfähigkeit. Genau diesen Aspekt hob Wolf-Dieter Narr in seinem Kommentar zu unserem Aufsatz im *Leviathan* hervor, wenn er bemerkt, „die Belege für affirmative Forschung, die sie herbeischleppen, erdrücken schier, unbeschadet strittiger interpretatorischer Details. Schroeder und Staadt fragen zu Recht nach den Ursachen dafür, warum viele der bundesdeutschen DDR-Forscher, vom zuständigen ministeriellen Förderungstropf gut ernährt, in so vielen Grundsatzfragen und Details so blind gewesen sind. Nicht daß diese Forscher den Zusammenbruch der DDR und der ihren Bestand garantierenden Sowjet-Macht nicht vorausgesehen haben, rügen sie. Wer hätte schon zu den Weitsichtigen gehört? Wohl aber kritisieren sie, daß viele DDR-Forscher ihren Forschungsgegenstand geschönt und von Perspektiven aus betrachtet haben, die dessen hausgemachte Probleme nicht in den Blick geraten ließen.“ Darüber hinaus attestierte uns Narr, „summa summarum ins Schwarze getroffen zu haben“.³¹

Die SED-Diktatur als defintorisches Problem

Warum Hüttmann wie andere vor ihm die Kritik an der systemimmanenten DDR-Forschung immer wieder zurückweist, erschließt sich nicht auf den ersten Blick. Wer jedoch die Debatte um die Einordnung der DDR im letzten Jahrzehnt aufmerksam verfolgt hat, merkt, daß sie unter anderen Vorzeichen und mit anderen Begriffen revitalisiert wurde. Insofern trifft Hüttmanns Annahme, der Blick auf die bundesdeutsche DDR-Forschung zeige „also deutliche Kontinuitäten in den Fragestellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen von DDR-Geschichte [...]“,³² bedingt zu. Denn auch dort wurde, wie von ihm konstatiert, die DDR mit einigem Aufwand „entdämonisiert“. Zwar herrscht unter den Wissenschaftlern, die sich mit der DDR beschäftigen, nach ih-

30 Ludz, Peter Christian: Mechanismen der Herrschaftssicherung. Eine sprachpolitische Analyse gesellschaftlichen Wandels in der DDR. München/Wien 1980, S. 104 u. 162. Fred Klinger bezeichnete diese Annahme als „Modernisierungsparadigma“, das in der DDR-Forschung einem „Ordnungsparadigma“ gegenüberstand und von der prinzipiellen Modernisierungsfähigkeit der DDR-Gesellschaft ausging. Während das Ordnungsparadigma die DDR-Gesellschaft als instabil begriff, ging das Modernisierungsparadigma von einer dauerhaften Stabilität dieser Gesellschaft aus. Vgl. Klinger, Fred: Die Wirtschaft der DDR aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland. In: Eisenmann, Peter/Hirscher, Gerhard (Hrsg.): Dem Zeitgeist geopfert. Die DDR in Wissenschaft, Publizistik und politischer Bildung. Mainz/München 1992, S. 108.

31 Narr, Wolf-Dieter: Lernen aus dem Zusammenbruch der DDR. Ergänzende Notate zum Artikel von Klaus Schroeder und Jochen Staadt. In: *Leviathan*, Nr. 1/1993, S. 64 ff. Den Beitrag von Wolf-Dieter Narr nimmt Jens Hüttmann ebensowenig zur Kenntnis wie unsere Entgegnung auf die Kritik von Siegrid Meuschel und die weitergehenden und differenzierteren Beiträge von uns zur systemimmanenten DDR-Forschung. Vgl. hierzu Schroeder Klaus/Staadt, Jochen: Die Kunst des Aussitzens. In: Schroeder, Klaus (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Berlin 1994, S. 347 ff.; Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990. München 1998.

32 Hüttmann: „De-De-Errologie“, S. 680.

rem Ende Konsens, daß sie eine Diktatur gewesen sei. Strittig ist aber weiterhin, wie diese Diktatur näher zu kennzeichnen ist. Den weitgehenden Verzicht auf die Kennzeichnung der DDR als Diktatur vor 1989/90 haben Christoph Kleßmann und Martin Sabrow mit folgendem Argument begründet: „Zwar konnte auch jeder zeitgenössische Beobachter oder Besucher der DDR wissen, daß er es mit einer Parteidiktatur zu tun hatte, aber man sagte das zumindest nicht laut, weil es die zarte Pflanze der angestrebten Normalisierung im Verhältnis beider deutscher Staaten zu knicken drohte.“³³ Schon bald entflammte eine Kontroverse, ob die DDR-Geschichte vornehmlich als Politik- oder als Sozialgeschichte zu untersuchen sei und ob sie als totalitär gekennzeichnet werden kann. Dabei stehen sich vor allem ein sozialgeschichtlich orientierter Ansatz, der die Grenzen der Diktatur und das Primat einer gesellschaftsgeschichtlichen Analyse betont, auf der einen und ein totalitarismustheoretisch fundierter Ansatz, der die Analyse der Gesellschaft nicht ausblenden, aber vom Durchsetzungsgrad des totalitären Herrschaftsanspruchs her bestimmen will, gegenüber.³⁴

Die Bezeichnung der DDR als „durchherrschte Gesellschaft“ erfreut sich bei einigen Sozialhistorikern großer Beliebtheit und wird häufig ohne Begründung übernommen. Sie findet sich auch an zentraler Stelle in den Empfehlungen einer noch von der rot-grünen Regierungskoalition eingesetzten Kommission – der sogenannten Sabrow-Kommission – zur Neuordnung der Aufarbeitung der DDR. Allerdings liegt bisher keine empirisch begründete oder gar theoretisch abgeleitete Bestimmung dieses Begriffes vor. Die Autoren begnügen sich zumeist mit dem Hinweis, daß „ubiquitäre politische Herrschaft jene Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen hinein“ prägte, gleichzeitig wird jedoch betont, daß es „faktische Grenzen der Durchherrschung im Alltag“ gab und es „falsch wäre [...] anzunehmen, daß die Herrschaft von Partei und Staat die Gesellschaft total prägte und determinierte“.³⁵ Letzteres hat freilich auch niemand behauptet.

Die Problematik dieses Begriffs liegt in seiner Interpretationsbreite und Beliebigkeit. Es bleibt offen, ob die Autoren den von Max Weber geprägten Begriff von der Herrschaft als „Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“ bei ihrer Analyse zugrunde legen, oder der Herrschaftsbegriff eine gesellschaftliche Ordnung im Ganzen bezeichnen soll. Außerdem sind nach beiden Definitionen selbstverständlich auch demokratische Gesellschaften „durchherrschte Gesellschaften“, die sich von diktatorischen Systemen allenfalls durch das Medium und den Grad der „Durchherrschung“ unterscheiden. Die indirekte Gleichsetzung oder zumindest Analogie suggeriert zudem, daß beide Herrschaftssysteme – auf allerdings unterschiedliche Weise – legitimiert sind. Der entscheidende Unterschied zwischen der durch die Zustimmung einer Mehrheit legitimierten Herrschaft und einer auf Gewalt oder ideologischen Ansprüchen begründeten kann dabei leicht verlorengehen.

Die Befürworter eines sozialgeschichtlichen Ansatzes, die einen ihrer institutionellen Schwerpunkte im Potsdamer Institut für zeitgeschichtliche Forschung haben, möchten

³³ Kleßmann Christoph/Sabrow, Martin: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989. In: APuZ B 39/1996, S. 11.

³⁴ Vgl. als typische Beispiele Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR. In: Geschichte und Gesellschaft, Heft 1/1995, S. 96 ff. und Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/1994, S. 34 ff.

³⁵ Vgl. Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft. In: Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 548 ff.

die „Bindungskräfte“ der DDR und damit den Alltag in den Vordergrund der wissenschaftlichen Erforschung des SED-Staates stellen.³⁶ Diesem Vorgehen, das im vorgeannten Potsdamer Institut schon seit seiner Gründung praktiziert wird, widersprachen bereits Michael Schwartz und Hermann Wentker mit überzeugenden Argumenten.³⁷ Der Einordnung der DDR als eine totalitäre Diktatur wird zumeist mit dem Argument begegnet, sie setzte den totalitären Gestaltungsanspruch der SED und seine Verwirklichung „unter der Hand in eins“. Geschichte der DDR wäre „demnach die Geschichte der SED und des SED-Staates“.³⁸ Thomas Lindenberger charakterisiert darüber hinaus totalitarismustheoretische Ansätze als geschichtspolitische Versuche, mit der Diktatur der SED abzurechnen. Das Schreiben der DDR-Geschichte als Herrschaftsgeschichte ist für ihn eine „politik-reduktionistische Sichtweise“.³⁹

Daneben wird erneut mit den Empfindlichkeiten der ostdeutschen Bevölkerung argumentiert. Bei ihr produziere dieser Ansatz „verbreitet eher Blockade oder Ablehnung als Einsicht und Zustimmung“.⁴⁰ Ob diese Argumentation denn auch für die begriffliche Einordnung des NS-Regimes gilt, verraten die Autoren nicht. Aber auch ohne diesen Hinweis ist der Einwand von Kleßmann und Sabrow nachgerade absurd. Die Brauchbarkeit wissenschaftlicher Begriffe erweist sich nicht an dem Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung in der Bevölkerung. Selbst Ansätze, Theoreme etc., die auf mehrheitliche Zustimmung unter Wissenschaftlern stoßen, sind schon nicht deshalb „wahr“ oder plausibler als andere. Hier wird ein opportunistisches oder politisch motiviertes Verständnis von Wissenschaft und ihren Ergebnissen sichtbar. Kleßmann ergänzt seine Kritik am Totalitarismuskonzept noch mit dem Hinweis, „sie vermögen jedoch komplexe moderne Staatengebilde kaum angemessen auf den Begriff zu bringen“, ohne freilich zu erläutern, warum, und ohne zu begründen, warum der DDR-Staat komplex war.⁴¹

Die Scheu vor dem Gebrauch eines modernen Totalitarismusmodells zur Analyse der DDR teilen andere Wissenschaftler aus dem linken Lager der Zeithistoriker und Soziologen nicht. So plädiert Jürgen Habermas für einen antitotalitären Konsens und einen unbefangenen Umgang mit dem Totalitarismusbegriff, weil er nach dem Ende der DDR nicht länger in der Gefahr der politischen Instrumentalisierung steht.⁴² Auch Hans-Ulrich Wehler spricht sich inzwischen für die Einbeziehung einer Totalitarismustheorie bei der Analyse kommunistischer und/oder faschistischer/national-

36 Vgl. das Gutachten der sogenannten Sabrow-Kommission. In: Deutschland Archiv, Nr. 4/2006. Als Bindungskräfte für die relative Stabilität in den sechziger und siebziger Jahren werden dort erwähnt: die ideologische Überzeugung, soziale Aufstiegsmöglichkeiten, wirtschaftliche Grundversicherung und mißmutige Loyalität (S. 658).

37 Schwartz Michael/Wentker, Hermann: Kein Konsens über die „Konsensdiktatur“. Zur Reaktion Martin Sabrows auf unsere Kritik an seinem Aufarbeitungskonzept. In: Deutschland Archiv, Nr. 6/2006, S. 1080 ff.

38 Lindenberger, Thomas: In den Grenzen der Diktatur. Die DDR als Gegenstand von „Gesellschaftsgeschichte“. In: Eppelmann, Rainer u.a. (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn u.a. 2003, S. 240.

39 Ebd., S. 240.

40 Kleßmann/Sabrow: Zeitgeschichte, S. 4.

41 Kleßmann, Christoph: Der schwierige gesamtdeutsche Umgang mit der DDR-Geschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 30/31-2001, S. 5.

42 Vgl. Habermas, Jürgen: Die Bedeutung der Aufarbeitung der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen für den Bestand der Demokratie in Deutschland und Europa. In: Enquete-Kommission 1995, Band IX, S. 690 ff.

sozialistischer Systeme aus: „Aber die Regimephase kann sehr wohl mit Hilfe einer undogmatischen, historisch flexiblen Totalitarismustheorie angegangen werden. Berührungängste sind hier ganz unangebracht, und die Versicherung, daß man noch nach den Charakteristika ‚moderner Diktaturen‘ suche, verhindert allzu leicht die nüchterne Prüfung von Kategorien und Denkfiguren, die mit den totalitarismustheoretischen Überlegungen bereits zur Verfügung stehen.“⁴³ Da für Wehler „die wichtigsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts in ihrem Kern totalitär und auch deshalb alimine vergleichbar sind“ und die politische Instrumentalisierung der Totalitarismustheorie nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr gegeben sei, stehe einer vergleichenden Analyse der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktaturen nichts mehr im Wege. Darüber hinaus hält Wehler, im Gegensatz zur wieder aufgeflamnten systemimmanenten DDR-Forschung, den Bezug auf die „Menschen und Grundrechte des westlichen Verfassungs- und Rechtsstaates [...] als Vergleichsmaßstab [...]“ für unabdingbar.⁴⁴

Während Jarausch und Sabrow immerhin noch den diktatorischen Charakter des SED-Staates und seiner Strukturen mehr oder weniger in die Analyse mit aufnehmen,⁴⁵ lehnen ostdeutsche Wissenschaftler wie Wolfgang Engler und Dietrich Mühlberg dies ausdrücklich ab. Engler zeichnet das Bild einer mit sich selbst zufriedenen, ja glücklichen DDR-Gesellschaft. Unter strikter Nichtbeachtung restriktiver und repressiver Rahmenbedingungen zeichnet er das dortige Alltagsleben. Ohne weitere Begründung verzichtet er auf herrschaftsgeschichtliche Analysen, die die DDR mit Begriffen wie Diktatur, Unrechtsstaat, Totalitarismus, Kommandowirtschaft oder Gewaltherrschaft kennzeichnen, da diese den Erfahrungen der Ostdeutschen nicht gerecht würden. Maßstäbe und Urteile müßten – so Engler in unbewußter oder jedenfalls nicht ausdrücklich erwähnter Anlehnung an die alte systemimmanente DDR-Forschungsrichtung – von innen und nicht von außen kommen.⁴⁶ Das glückliche Privatleben in der DDR resultierte für Engler aus einer behaupteten weitgehenden Gleichheit in Einkommen und privater Haushaltsausstattung sowie aus einer nicht wie im Westen begrenzten Partnerwahl. Der ostdeutsche Soziologe sieht eine Assimilation der Gefühle, Ansichten und Gewohnheiten und singt ein Loblied auf die ostdeutschen Frauen als „emotional-praktische Avantgarde der DDR-Gesellschaft“.⁴⁷

Wie Engler lehnt auch sein ostdeutscher Kollege Dietrich Mühlberg eine polarisierende Bewertung der beiden deutschen Teilstaaten als Demokratie und Diktatur ab, weil diese für die Mehrheit seiner „Landsleute“ unannehmbar sei.⁴⁸ Auch dürfe die pluralisierte und individualisierte westdeutsche Gesellschaft nicht als Maßstab für die ostdeutsche genommen werden. Vielmehr sollen der „Eigenwert“ der ostdeutschen Gesellschaft und ihre kulturelle Ausprägung gleichsam als Sonderweg in das vereinte

43 Wehler, Hans-Ulrich: *Umbruch und Kontinuität*. München 2000, S. 115.

44 Ebd., S. 117.

45 Sabrow zumindest betont immer wieder: „Die DDR ging in ihrem Diktaturcharakter nicht auf, und das Leben in ihr bewegte sich nicht nur zwischen den Polen von Anpassung und Widerstand.“ Sabrow, Martin: *Die DDR in der deutschen Geschichte*. In: Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*. Berlin 2001, S. 5. Dieser eigentümliche Diktaturbegriff bedeutet faktisch eine Relativierung der diktatorischen Strukturen und soll anscheinend Assoziationen nahelegen, auch in einer Diktatur könne der Einzelne wie in einer Demokratie leben.

46 Vgl. Engler, Wolfgang: *Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land*. Berlin 1999.

47 Ebd., S. 86.

48 Vgl. Mühlberg, Dietrich: *Nachrichten über die Verfassung der Ostdeutschen*. In: *Berliner Debatte Initial*, 10 (1999), S. 2 ff.

Deutschland transportiert werden. In diesem Punkt stimmen die Autoren mit Kleßmann, Sabrow und anderen sozialgeschichtlich orientierten DDR-Forschern überein.

Der SED-Staat als totalitäres System

Überraschenderweise stellt aber Christoph Kleßmann an anderem Ort – in durchaus selbstkritischer Weise – fest: „Die DDR war ein Staat ohne jede demokratische und zugleich ohne nationale Legitimation. Diese elementare Tatsache ist in der Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren bisweilen in Vergessenheit geraten. Die DDR konnte nur in Abgrenzung von ihrem westdeutschen Gegenüber existieren und war doch historisch und ökonomisch eng mit ihm nolens volens verbunden. Der wechselseitige Bezug war zu allen Zeiten asymmetrisch. Die Bundesrepublik konnte problemlos ohne die DDR existieren. Auch im nachlassenden nationalen Interesse der jüngeren westdeutschen Generation an der DDR spiegelte sich das. Der Umkehrschluß galt nie.“⁴⁹

Diese Charakterisierung wird den entscheidenden Prägungen von Geschichte und Gesellschaft der DDR auf mehreren, sich wechselseitig bedingenden und ergänzenden Ebenen gerecht. Totalitär war der SED-Staat aufgrund des umfassenden Gestaltungs- und Machtanspruchs der führenden Partei, sowjetisiert wegen der Implantierung der Institutionen- und Gesellschaftsordnung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Gleichzeitig blieben SED-Führung wie Bevölkerung auf die westdeutsche Gesellschaft als Vergleichsfolie fixiert. Mit diesen drei Charakterisierungen der DDR lassen sich ihre Geschichte und Strukturen angemessen rekonstruieren, ohne daß ihr „Eigenwert“ oder ihre „Bindungskräfte“ in der Analyse verlorengehen. Die erwähnten sozialgeschichtlichen und kulturwissenschaftlichen Ansätze stehen in der Gefahr, in ihrer Rede von der „sozialen DDR“ die partielle Nivellierung nach unten mit einer sozial gerechten Gesellschaft gleichzusetzen, wobei zumeist die privilegierten Schichten in der Darstellung außen vor bleiben. Selbstredend produzierten die von der SED gesetzten Rahmenbedingungen eine gewisse Gleichförmigkeit der Lebensverläufe und eine vergleichsweise sozial homogene Gesellschaft, ohne daß diese jedoch als egalitär oder sozial gerecht zu bezeichnen wäre. Stattdessen kam es auch in der DDR zu sozialen Differenzierungen. Entscheidender Faktor war dabei immer die Nähe zur Macht. Mit der Kennzeichnung der DDR als totalitär verfaßt lassen sich außerdem plausibler die Nachwirkungen der Sozialisation erklären, die das Verhalten vieler Ostdeutscher in gewisser Weise bis zum heutigen Tag prägen.

Anders als Hüttmann suggeriert, hatte der Paradigmenwechsel in der DDR-Forschung der späten sechziger Jahren sehr wohl eine sogar über die Entspannungspolitik hinausgehende politische Dimension und erfolgte auch nicht immer ohne unerfreuliche Begleitumstände. Der Kurswechsel in der DDR-Forschung, der letztlich zu einer gänzlich anderen Sicht des deutschen Teilstaates führte, sollte nach Meinung einiger Wissenschaftler nicht nur die Entspannungspolitik und vor allem die Akzeptanz und Fortschreibung deutscher Zweistaatlichkeit legitimieren, sondern auch den Boden für einen politischen und sozialen Kurswechsel in der Bundesrepublik selbst begründen. Wolfgang Mommsen stellte 1979 rückblickend einen direkten Bezug zwischen der erfolgten

49 Kleßmann, Christoph: Spaltung und Verflechtung – ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945–1990. In: Kleßmann, Christoph/Lautzas, Peter (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem. Schwalbach/Ts. 2006, S. 22 ff.

Ablösung der Totalitarismustheorie und den von linken und linksliberalen Sozialwissenschaftlern angestrebten oder unterstützten innenpolitischen Veränderungen her: „Indirekt erwuchs damit die Chance einer Revitalisierung sozialistischer Ideen, unabhängig von und bisweilen im Gegensatz zum orthodoxen Marxismus-Leninismus jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘. Vor allem aber bahnte dies Wege für die Entfaltung der Idee eines konsequent reformorientierten Interventionsstaates demokratischer Observanz, der sich nicht länger scheute, in die gesellschaftlichen Prozesse steuernd und – wo es sein mußte – maßgeblich einzugreifen.“⁵⁰

Der systemimmanenten Forschungsrichtung ging es natürlich nicht um eine kritiklose Verteidigung der DDR. Aus abstrakter Perspektive favorisierten sie aber häufig eine Verschiebung der Bewertungsmaßstäbe in der Beurteilung realsozialistischer Gesellschaften. Zuweilen äußerte man gar die Auffassung, Abschied von einer politischen Wissenschaft als „Demokratiewissenschaft“ nehmen zu müssen, „die sich eine demokratische Gesellschaft nur als bürgerlich-parlamentarische Gesellschaft vorstellen kann“.⁵¹ Nach Meinung eines damals betroffenen Zeitzeugen profitierte die systemimmanente DDR-Forschung von der Radikalisierung und Politisierung der Auseinandersetzungen an den Universitäten. Jean-Paul Picaper konstatierte 1982: „Gerade weil sie politisch war, konnte sich die neue DDR-Forschung institutionell durchsetzen, d.h. Lehrstellen an Hochschulen und Forschungsstätten besetzen, sich den Zugang zu öffentlichen Forschungsgeldern verschaffen und ihn anderen versperren, sowie Medien und Multiplikatoren um ihre Fahnen scharen. Die neue DDR-Forschung verstand sich als Kreuzzug gegen ihre Widersacher im Westen, wenn diese nach wie vor im Kommunismus den Hauptkontrahenten sahen. Die Vertreter der anderen Schule wurden überrumpelt, isoliert, durch aggressive Rezensionen diskreditiert und mit Hilfe von kommunistischen Massenkampagnen eingeschüchtert und aus dem Hochschulbetrieb entfernt.“⁵²

Die von Hüttmann angestimmte Eloge auf die „De-De-Errologen“ blendet solche Aspekte der westdeutschen Alltagsgeschichte selbstredend aus. Nicht zuletzt deswegen haben seine Auslassungen wenig mit historischem Interesse, viel aber mit dem derzeitigen Versuch einer Geschichtsbegradigung zur Reanimierung eines Theorieansatzes zu tun, der den Bestrebungen nach einer wissenschaftlich aufgehübschten Betrachtung des Alltags im SED-Staat Tiefgang verschaffen soll. In der wissenschaftlichen Analyse der DDR und anderer kommunistischer Staatswesen erwies sich die Abkehr von einem auf westlichen Wertvorstellungen beruhenden Kategoriensystem, das die Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur reflektiert, als die eigentlich grundlegende Fehlkonstruktion des systemimmanenten Forschungsansatzes. Die Bestrebung, es mit diesem Ansatz noch einmal zu versuchen, grassiert in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Umfeld schon seit Jahren. Jetzt wird offenbar auch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit ihrem Projekt „20 Jahre friedliche Revolution“ auf diesen Kurs gebracht. Das kann ja heiter werden.

50 Mommsen, Wolfgang: „Wir sind wieder wer“. Wandlung im politischen Selbstverständnis der Deutschen. In: Habermas, Jürgen (Hrsg.): Stichworte zur „geistigen Situation der Zeit“, Band 1: Nation und Republik. Frankfurt am Main 1979, S. 203.

51 Glaebner, Gert-Joachim: Sozialistische Systeme. Einführung in die Kommunismus- und DDR-Forschung. Opladen 1982, S. 240.

52 Picaper, Jean-Paul: DDR-Bild im Wandel. Berlin 1982, S. 103.